

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXV/60

Bonn, den 1. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Homerische Schimpferei</u>	53
	Die SED und die deutsche Sozialdemokratie	
1-2	<u>Fünf Jahre Wohngeldgesetz</u>	42
	Milliardengrenze durch Mietbeihilfen bald erreicht	
2 - 3	<u>Jugend und Europa</u>	98
	In der EWG sollen nicht nur Unternehmer tonangebend sein	
	Von Egon C. Heinrich	
4	<u>Gewinnt Makarios die Oberhand?</u>	28
	Der zypriotische Staat lebt weiter - Neue Verfassung	
	Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	

Homerische Schimpferei

Die SED und die deutsche Sozialdemokratie

G.M. - In der DDR läuft die Propagandawelle gegen die deutsche Sozialdemokratie und ihre führenden Persönlichkeiten wieder einmal auf Hochtour. War zunächst Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt die bevorzugte Zielscheibe, so schießt man sich jetzt auch auf Bundeskanzler Willy Brandt ein. Ihm wird vorgeworfen, sein letztes Interview im ZDF habe deutlich gemacht, daß die Bundesregierung "den Imperialisten den Schlüssel zu einem juristischen Türchen überlassen" wolle, "das sich gegebenenfalls zu einer Bresche für einen späteren Einzug erweitern" lasse. Mit dem Einzug ist die Bundeswehr gemeint, der es 1961 nicht gelungen sei, "mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor in die DDR einzumarschieren".

Es gehört zu den ältesten Methoden kommunistischer Strategie, vor irgendwelchen Verhandlungen Maximalforderungen aufzustellen und den Verhandlungspartner ganz hart anzugehen, wenn nicht gar zu beschimpfen. Wahrscheinlich haben die Kommunisten das aus dem Trojanischen Krieg gelernt, wo sich, laut Homer, die Helden vor jedem Angriff mit den schlimmsten Schimpfworten beleidigten, um zu erreichen, daß der Gegner unsicher wird.

Kommunisten untereinander tun das auch, wenn sie Meinungsverschiedenheiten haben. Warum sollten sie also nicht dasselbe mit politischen Gegnern tun?

Nach uns vorliegenden Informationen haben nach dem Treffen Brandt/Stopf in Erfurt auf vielen Ebenen der kommunistischen Hierarchie in der DDR heftige Diskussionen darüber eingesetzt, ob Erfurt ein Erfolg oder ein Mißerfolg für die Ostberliner Regierung war und ob es überhaupt einen Sinn habe, nach Kassel zu gehen. Die offizielle Publizistik der DDR hat sich erdenklichste Mühe gegeben, um das Treffen in Erfurt als "einen Sieg der realistischen Politik der SED" gegenüber der Bundesrepublik darzustellen. Dennoch täuscht sich niemand in den Führungsstellen der SED darüber hinweg, daß große Teile der Bevölkerung in der DDR nicht nur das Treffen Stopf/Brandt in Erfurt mit Sympathie begrüßt haben, sondern auch erwartungsvoll den Ergebnissen von Kassel entgegensehen. In zahlreichen Betrieben wurde den Funktionären der SED bedeutet, man unterstütze zwar die offizielle Forderung nach Anerkennung der DDR, betrachte das Treffen von Erfurt als einen Fortschritt und hoffe, daß in Kassel ein weiterer Schritt zur Entspannung zwischen den beiden Teilen Deutschlands getan werden könne.

Nach dem Trommelfeuer der letzten Tage ist zu erwarten, daß "spontane Entschlüsse" aus allen Bevölkerungskreisen von der DDR-Führung fordern werden, sie solle hart bleiben und "den westlichen Imperialisten" die kalte Schulter zeigen. Solche Resolutionen würden auch der Logik des Denkens maßgebender SED-Führer entsprechen, die seit Monaten ihren Freunden in Moskau und Warschau einzureden versuchen, jeder nähere Kontakt mit der Bundesrepublik müsse zu einer "Schwächung des sozialistischen Lagers" führen.

Die Bundesregierung ist auf diese zu erwarten gewesene Haltung der SED-Führung wohl vorbereitet. Sie wird sich durch keine Schimpfkannonade beirren lassen und ihren Weg der Bemühungen um eine Politik der Entspannung in Europa fortsetzen, ohne sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Willy Brandt hat dies in Erfurt ostentativ zum Ausdruck gebracht.

Fünf Jahre Wohngeldgesetz

Milliardengrenze durch Mietbeihilfen bald erreicht

W.R. - Die nach den Diskonterhöhungen erneut aufgelebte Diskussion über Mietpreissteigerungen droht ein Jubiläum in Vergessenheit geraten zu lassen.

Am 1. April 1970 erlebte das Wohngeldgesetz sein fünfjähriges Jubiläum. In diesen fünf Jahren hat es sich zu einem wirkungsvollen Instrument der Wohnungspolitik entwickelt, das sich gerade bei steigenden Mieten bewährte.

Die von Bund und Ländern je zur Hälfte aufgewendeten Beträge machen deutlich, wie notwendig ein derartiges Gesetz war, nachdem durch die CDU/CSU unter dem damaligen Bundeswohnungsbauminister Lücke die Mietpreisbindung weitgehend beseitigt wurde. An den steigenden Aufwendungen für das Wohngeld zeigt sich darüber hinaus, daß eine Wohnungspolitik ohne erhebliche staatliche Hilfen nicht möglich ist. 1965 wurden 146 Millionen DM an die Haushalte der Bundesrepublik ausbezahlt. 1968 waren es bereits 512 Millionen DM, die an rund 820.000 Haushalte gingen. Eine weitere Steigerung wurde auch im Jahre 1969 erreicht. Fast 900.000 Haushalte werden in diesem Jahr rund 600 Millionen DM nach den vorläufigen Berechnungen bezogen haben.

Diese Entwicklung wird auch 1970 anhalten. Mit der großen Gruppe der Sozialempfänger, die bisher vom Wohngeldbezug ausgeschlossen waren, werden Bund und Länder die Milliardengrenze erreichen.

Nach sozialdemokratischen Vorstellungen, die in der mittelfristigen Finanzplanung bereits ihren Niederschlag gefunden haben, soll ab 1971 ein verbessertes Wohngeldgesetz dem einzelnen Haushalt noch wirksamer helfen.

Nach den im Bundesstädteministerium entwickelten Reformvorstellungen sollen die Einkommensgrenzen angehoben werden, um den Kreis der Wohngeldberechtigten zu erweitern. Bei der Bemessung des Wohngeldes soll stärker als bisher auf das Verhältnis zwischen verfügbarem Einkommen und Mietbelastung abgestellt werden. Damit soll auch die strikte Wohnflächenbegrenzung fallen, die häufig verhindert hat, daß eine familien-gerechte Wohnung gemietet werden konnte. Im Zuge dieser materiellen Verbesserungen wird auch das Verfahren vereinfacht und beschleunigt werden, so daß der einzelne Haushalt rechtzeitig zu seinem Wohngeld kommt.

Deutlicher als durch die globalen Zahlen wird jedoch der Charakter des Wohngeldes, wenn man seine Auswirkungen auf den einzelnen Haushalt betrachtet. Was in der Mietenstatistik nicht zum Ausdruck kommt, nämlich die Minderung der Belastung durch das Wohngeld, zeigt sich hier. Für den Kreis der Anspruchsberechtigten konnte die Mietbelastung bis um 8,3 v.H. gesenkt werden. Auf diesem Weg wird ein reformiertes Wohngeldgesetz in den nächsten fünf Jahren sicher weiterwirken.

Jugend und Europa

Die EWG soll nicht nur für Unternehmer da sein

Von Egon C. Heinrich

In letzter Zeit sind die Politiker Europas verstärkt bemüht, die Jugend wieder für die europäische Einigung zu gewinnen. Im Rahmen des Europarats sind erste konkrete Schritte zur Schaffung eines europäischen Jugendwerks unternommen worden. Daran dürften sich bis zu 14 Länder beteiligen. Aber auch die EWG, die nach den Römischen Verträgen fast keine Kompetenzen auf dem kulturellen Sektor hat, tritt jetzt in den Dialog mit der Jugend der Gemeinschaft ein. In ihrer Erklärung zur Vollendung der EWG-Zollunion am 1. Juli 1968 hatte die Brüsseler Kommission unter anderem erklärt: "Es soll auch das Europa der Völker, der Schaffenden und der Jugend sein". Die Kommission wolle "mit den Vertretern der Jugendorganisationen überlegen, was getan werden könne, damit die Jugend mit größerem Vertrauen in die Zukunft blickt und an ihrer Gestaltung teilnimmt". Im Kommuniqué der EWG-Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 in Den Haag heißt es unter Punkt 16: "Den hier beschlossenen Maßnahmen für die schöpferische Gestaltung und das Wachstums Europas stehen eine größere Zukunft offen, wenn die Jugend daran engen Anteil hat; dieses Anliegen haben die Regierungen beherzigt, und die Gemeinschaften werden sich dessen annehmen".

Im Juni "Europäisches Jugendkolloquium"

Um dieser Forderung der Staats- und Regierungschefs gerecht zu werden, plant die Brüsseler Europa-Kommission für Juni 1970 ein europäisches Jugendkolloquium mit 250 bis 300 Jugendlichen aus allen sechs EWG-Ländern. Die Staaten, die Beitrittsanträge zur EWG gestellt haben bzw. bereits assoziiert sind, sollen durch Beobachter ihrer Jugendorganisationen vertreten sein. Zur Vorbereitung der Brüsseler Jugendkonferenz finden zur Zeit in den sechs Mitgliedstaaten der EWG sogenannte nationale Vorkolloquien statt. Auf dem Jugendkolloquium in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle dominierte die "Linke". Dabei wurden SHB, Jungsozialisten und Gewerkschaftsjugend noch von den Liberalen in der Forderung nach radikalen gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzungen in der EWG übertroffen. Die Vertreter der Jungen Union waren zahlenmäßig und politisch in der Minderheit. Andererseits gab es viele Vertreter unpolitischer Jugendorganisationen, die sich zu den hochbrisanten Fragen der europäischen Gesellschafts- oder der Außenpolitik nicht äußern konnten oder wollten. Weitgehend einig war sich das Kolloquium jedoch darin, daß die Unternehmer von der bisherigen Entwicklung weitaus stärker profitiert haben als die Lohnabhängige Arbeitnehmerschaft. Durch radikale Ausnutzung des größeren Marktes konnte das Kapital seinen bestehenden Machtvorsprung noch vergrößern, während es anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen (insbesondere Gewerkschaften und Parteien) bisher noch nicht gelungen ist, durch Zusammenschluß und gemeinsame europäische Aktion ein effektives Gegengewicht gegen Unternehmer und europäische Bürokratie zu schaffen. Hieraus ergab sich die Forderung nach raschem konzertiertem Handeln von europäischen Gewerkschaften, Parteien und Jugendorganisationen. Darüberhinaus wurde immer wieder auf die nach-

teiligen Folgen hingewiesen, die sich im Zuge des Integrationsprozesses nicht nur für die demokratische Struktur der Europäischen Gemeinschaften, sondern auch für die einzelnen Mitgliedstaaten ergeben.

Scharfe Kritik an EWG-Gesellschaftspolitik

Bemerkenswert war am Wiesbadener Kolloquium, daß die Jugend für den täglichen und auch nächtlichen Streit der EWG um Agrarmarktordnungen und detaillierte Richtlinienvorschläge keinerlei Verständnis aufbringen konnte. Derlei Auseinandersetzungen wirkten auf die jungen Menschen eher abstoßend; sie sehen darin eine Weiterführung nationalstaatlicher Interessenpolitik auf EWG-Ebene. Wenn auch die EWG als "kapitalistisches Instrument" charakterisiert und wegen ihrer kaum vorhandenen und in die falsche Richtung zielenden Gesellschaftspolitik scharf kritisiert wurde, so hat doch andererseits kein Jugendlicher in Wiesbaden die Existenz der Europäischen Gemeinschaft selbst in Frage gestellt. Für die Jugend ist die EWG immerhin ein Rahmen, in dem sie Gestaltungsmöglichkeiten für die europäische Zukunft sieht. Wörtlich heißt es in einem der von den Arbeitsgruppen des Kolloquiums ausgearbeiteten Papiere: "Wir gehen bei unseren Betrachtungen von der Bundesrepublik und ihren Verflechtungen mit der EWG aus". In der europäischen Innenpolitik forderte das Kolloquium, wenn auch nicht einstimmig, eine Demokratisierung, Humanisierung, Sozialisierung und Emanzipation.

In der Außenpolitik wird die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Weiße-Grenze und der DDR verlangt. Dabei nehmen die Jugendlichen sogar in Kauf, daß der innerdeutsche Handel seinen Sonderstatus innerhalb der EWG verliert und die DDR künftig auch handelspolitisch als ein EWG-Drittland zu betrachten wäre. Die DDR erhält durch ihren handelspolitischen Sonderstatus gegenüber der EWG jährlich Vergünstigungen von 400 bis 500 Mio. DM, da sie für ihre Lieferungen in die Bundesrepublik weder Zoll noch Abschöpfungen zahlen muß.

"Europäischer Jugendrat" geplant

Die Jugend ist bereit, in einem aktiven und ständigen Dialog mit der EWG in Brüssel einzutreten. Sie fordert ein Mitspracherecht in der Gemeinschaft auf allen sie betreffenden Gebieten, insbesondere bei der Berufsausbildung, der Bildungsplanung und bei der Jugendpolitik selbst. In Brüssel wird es nun darum gehen, die geeignete Plattform für das Mitspracherecht der europäischen Jugend zu finden. Dafür denkt man an die Schaffung eines europäischen Jugendrats, wie er bereits von der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und den Jungsozialisten der EWG vorgeschlagen worden ist. Dieser Jugendrat würde nicht in Widerspruch zur Gründung des europäischen Jugendwerks stehen. Er soll vielmehr der Jugend eine Mitwirkung an der Ausarbeitung der Gemeinschaftspolitik garantieren. Welche Institution es aber auch immer sei, die Jugend will nicht am Gängelband geföhrt werden und sich auch nicht vor den politischen Karren der einen oder anderen Politik spannen lassen. Sie fordert vielmehr Unabhängigkeit in der Zusammensetzung der Geschäftsföh rung und der Verwendung der finanziellen Mittel von staatlichen und überstaatlichen Einrichtungen.

Bei aller Kritik läßt sich sagen, daß die Jugend nach wie vor zu europäischem Engagement bereit ist und daß sie das Ziel der politischen Einigung der europäischen Völker nicht abgeschrieben hat.

Gewinnt Makarios die Oberhand?

Der zypriotische Staat lebt weiter - Neue Verfassung

Von Dr. Basil F. Mathiopoulos

Seit dem Attentat auf den zypriotischen Staatspräsidenten Erzbischof Makarios und dem Mord an dem früheren Innenminister Georgadjis kurz danach ist die Lage auf der Insel weiterhin kritisch. Um der Inselrepublik eine friedliche Zukunft zu garantieren, wurden in der vorigen Woche die Besprechungen zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten in Nikosia wieder aufgenommen. Es geht um das Zustandekommen einer neuen Verfassung, die endgültig die friedliche Koexistenz der griechischen Mehrheit (82 Prozent) mit der türkischen Minderheit (18 Prozent) regeln soll. Die in den letzten Jahren herbeigeführte Normalisierung im Verhältnis der beiden Bevölkerungsteile zueinander konnte umso leichter gelingen, als eine UNO-Friedenstruppe auf der Insel stationiert ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat - wie auch die Schweiz - zur finanziellen Unterstützung der UNO-Truppe beigetragen.

Zypern ist bekanntlich Mitglied des britischen Commonwealth. Im Oktober des vergangenen Jahres hat Nikosia in Brüssel den Antrag gestellt, als assoziiertes Mitglied auch in den Gemeinsamen Markt aufgenommen zu werden. Erste Gespräche werden bereits geführt. Zyperns Verbindungen mit Westeuropa sollen ebenso in anderen Bereichen intensiviert werden. Der zypriotische Botschafter in Bonn, Tassos Panagidis, ist in diesen Tagen gleichzeitig zum Botschafter in der Schweiz ernannt worden, und seine Akkreditierung in Wien - für Österreich - steht bevor. Botschafter Panagidis gilt als einer der fähigsten Diplomaten der Mittelmeerinsel; jahrelang hat er als Direktor des politischen Büro des Staatspräsidenten geleitet. - Der Präsident des Konföderativen Bundesrates in Bern, Hans Pieter Tzydi, sprach anlässlich der Akkreditierung des griechischen Botschafters der Regierung Makarios seine Anerkennung für ihre realistische Politik aus. Trotzdem bleibt die Lage auf Zypern kritisch.